

Seite: 12
Ressort: Wirtschaft
Rubrik: FR Deutschlandausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 65.818 (gedruckt) 55.446 (verkauft)
59.522 (verbreitet)
Reichweite: 0,19 (in Mio.)

KOMMENTAR

Chance statt Gefahr für EU

Von
Thorsten Knuf

Wenn es um die Euro-Krisenpolitik geht, hat man mitunter den Eindruck, als sei die schwarz-rote Koalition nicht erst seit einem Jahr im Amt. Sigmar Gabriel, der SPD-Vizekanzler, unterscheidet sich bei diesem Thema in Rhetorik und Argumentation kaum von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble. Gerade erst wies er die griechische Forderung nach einem Schuldenschnitt zurück - noch bevor die Kanzlerin dies tat: Die Steuerzahler in anderen Ländern könnten nicht

für Griechenlands Versäumnisse aufkommen. "Das kann ich keinem deutschen Arbeitnehmer und keiner deutschen Arbeitnehmerin erklären."

Seit diesem Montag wissen wir, dass die Arbeitnehmervertreter hierzulande in Sachen Griechenland anders ticken als der SPD-Chef. Der Aufruf für einen Neuanfang in der europäischen Wirtschaftspolitik, den die DGB-Gewerkschaften und zahlreiche Wissenschaftler publiziert haben, hat es in sich. Sie plädieren für "eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der geschei-

terten Austeritätspolitik" und sehen im Machtwechsel in Athen eine Chance für Europa. Der Aufruf ist eine Misstrauenserklärung gegenüber all jenen, die für die bisherige Krisenpolitik stehen. Sie richtet sich auch an Gabriel und seine SPD. Die ist sind nun eingeklemmt zwischen den Erwartungen ihrer traditionellen Verbündeten und denen des Koalitionspartners. Einen von beiden wird sie vor den Kopf stoßen müssen.

Der Aufruf hat es in sich

Wörter: 201

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main